Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

# Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 142. Abendblatt. Montag, den 25. März. 1867.

## Deutschland.

**Berlin**, 23. März. Se. Majestät der König nahm heute Vormittags die Vorträge des Militär- und Civil-Kabinets, des Geh. Hofrathes Borck entgegen und arbeitete dann mit dem Minister-Präsidenten Graf Bismarck. An der Tafel nahmen die badischen Herrschaften und der Großherzog von Weimar theil; die übrigen Gäste speisten beim Kronprinzen, beim Prinzen Albrecht und beim Prinzen Friedrich Karl. Abends wohnte der K. Hof mit seinen Gästen und den Fürstlichkeiten dem Reiterfeste in der Reitbahn des Tattersall bei und besuchte darauf die Soirée des Herzogs von Mecklenburg-Schwerin im Schlosse Bellevue, in welcher die Theilnehmer an dem Reiterfeste, Damen und Herren vom Hofe, Garde-Kavallerie-Offiziere, in ihrem Kostüm erschienen.

— Sr. Kgl. H. dem Prinzen Friedrich Karl ist an seinem Geburtstage (20. c.) von J. K. H. der Kronprinzessin ein prachtvolles Oelbild zum Geschenk gemacht worden, welches den Moment vorführt, wo sich der Kronprinz und der Prinz Friedrich Karl am 3. Juli v. J. mit ihren Armeen vereinigten, um die entscheidende Schlacht von Königgrätz zu schlagen. Die auf dem Bilde befindlichen hervorragenden Persönlichkeiten sind sämmtlich Portraits.

— Bemerkenswerth ist das Beglückwünschungsschreiben des Königs von Sachsen zum Geburtstage des Königs Wilhelm, in welchem dieser, wie wir hören, äußert, daß er oder der Kronprinz persönlich zur Gratulation hergekommen sein würde, wenn nicht die Familie sich in tiefem Leidtragen wegen des Todes der Herzogin von Baiern befände.

— Die Illumination war stellenweise glänzend. Bei dem englischen Botschafter sehr brillant. Vor der Wohnung der österreichischen Gesandtschaft befand sich eine Aufsehen erregende Flammenschrift: „Heil Dir im Siegerkranz". Einziger Miether des Hauses ist der österreichische Gesandte. — Die Morgenblätter berichten, daß der König die Botschafter der Westmächte in freundschaftlichster Weise ansprach und gegen Herrn Benedetti die festeste Friedenszuversicht äußerte. — Ein neues (zwölftes) Artillerie-Regiment Belagerungsgeschütz) wird gebildet.

— Ueber die Luxemburgische Angelegenheit wird der „Br. Z." von hier geschrieben, daß die Verhandlungen zwischen Frankreich und Holland schon so weit vorgeschritten seien, daß wahrscheinlich Preußen eine sehr entschiedene Haltung werde annehmen müssen, um die weit gediehenen Abmachungen rückgängig zu machen, oder genöthigt sein werde, sich eine „anständige Abfindung" gefallen zu lassen. Als eine Bestätigung unserer früheren Nachricht, daß es in Luxemburg wahrscheinlich zu einer Volksabstimmung kommen werde, führen wir an, daß man der „Nh. Ztg." aus Luxemburg schreibt, es halte sich seit einiger Zeit dort ein französischer Souspräfekt auf, der das Terrain zu sondiren und sich namentlich auch über die Chancen einer etwaigen Abstimmung zu orientiren hat. (Berl. B.-Ztg.)

— Der „Staats-Anzeiger" veröffentlicht den Bündnißvertrag zwischen Preußen und Würtemberg, welcher vom 13. August vorigen Jahres datirt, durch den Grafen v. Bismarck und den Geh. Rath v. Savigny preußischer, die Minister v. Varnbüler und v. Hardegg von würtembergischer Seite, als Bevollmächtigte abgeschlossen ist, im Uebrigen wörtlich mit den Verträgen Baierns und Badens übereinstimmt.

— Das Justiz-Ministerialblatt veröffentlicht jetzt den Wortlaut des Beschlusses des Königl. Staats-Ministeriums vom 19. Februar 1867, betreffend die Kosten der Stellvertretung der als Abgeordnete zum Reichstage des norddeutsch n Bundes einberufenen unmittelbaren Staatsbeamten. Der Beschluß datirt vom 19. d. M. und lautet: Die Kosten der Stellvertretung für die aus Staatsfonds besoldeten Beamten während ihrer durch die Annahme einer Wahl zum Reichstage des norddeutschen Bundes herbeigeführten Verhinderung in Verrichtung ihrer Amtsgeschäfte werden nicht aus Staatsfonds bestritten; es sind vielmehr die Behörden von den Ressort-Ministern anzuweisen, von den zunächst fälligen Raten der Besoldung des vertretenen Beamten die erforderlichen Beträge zur Deckung der Vertretungskosten zurückzubehalten und zu verwenden.

— Die Linke des Reichstags hat einen Antrag eingebracht, wonach jedem Amendementssteller, wenn er nicht in der Reihe der Redner zum Wort kommt, gestattet sein soll, auch nach dem Schlusse der Diskussion auf 5 Minuten das Wort zu erhalten, wogegen es dann auch einem Gegner gestattet sein soll, in demselben Zeitmaße zu erwiedern.

— Der „Br. Z." wird von hier geschrieben: Von einem der Herren Abgeordneten der national-liberalen Fraktion wurde im Reichstage ein gedrucktes Cirkular in Umlauf gesetzt, welches im „hohen Auftrage" die Photographien der Mitglieder verlangte. Es blieb kein Geheimniß, daß die Kronprinzessin ein Album der Reichstagsmitglieder zu besitzen wünscht und es ist selbstverständlich, daß die Mitglieder aller Fraktionen dem Wunsche ihres Kollegen bereitwilligst entsprachen.

— Die aus Paris hier eingegangenen genauen Nachrichten stellen das Befinden des Kaiserlichen Prinzen entschieden günstiger dar, als man nach den Berichten der Zeitungen, namentlich der „K. Ztg.", annehmen durfte. Es wird in den heutigen Briefen, welche auf eine dem Pariser Börsen-Syndikat zugestellte offizielle Mittheilung zurückzuführen sind, jede Gefahr für das Leben des Prinzen in Abrede gestellt.

— Die „Berl. B.-Z." schreibt: Londoner unterrichtete Briefe, die wir einzusehen Gelegenheit hatten, sprechen heute übereinstimmend von dem Entschlusse der Königin Viktoria, nochmals zu einer morganatischen Ehe zu schreiten, und stellen es als wahrscheinlich dar, daß, für den Fall dieser Entschluß zur Ausführung kommen sollte, eine Abdankung damit Hand in Hand gehen würde.

— Die poltischen Gutachten namhafter deutscher Historiker über den norddeutschen Bund, welche anfangen, sich jetzt zu häufen, und die mehr ins Gewicht fallen, als die Phantasien von Leuten, die sich gegen den ewigen Fortgang der Geschichte absichtlich die Augen verschließen, verdienen regirirt zu werden. Man erinnert sich des Aufsehens, welches im September v. J. ein Schreiben Heinrich v. Sybels an Hrn. A. Forcade in Paris machte. Vor einigen Tagen hat Droysen in einem Schreiben an seine Wähler in Coblenz ein ähnliches Votum abgegeben, und jetzt spricht H. v. Treitschke in dem eben erschienenen Hefte der „Preußischen Jahrbücher" sich offen und freimüthig über den Verfassungs-Entwurf für den norddeutschen Bund aus. Heinrich v. Sybel nannte die Bewegung von 1848 romantisch, radikal, doktrinär. „Es war kein Wunder, sagte er, daß das Experiment, ein demokratisches Kaiserreich von 50 Millionen aus dem Nichts hervorzuzaubern, kläglich scheiterte. Heute ist keine Rede von Kaiserprunk und 50 Millionen Seelen. Man ist bescheidener, praktischer, klüger geworden. Man hat gelernt, daß ein bedeutendes Reich nicht mit Worten und konstitutionellen Paragraphen hergestellt werden kann. Grade an Oesterreich hat man gesehen, daß die Anhäufung vieler disparater und centrifugaler Elemente weder Stärke, noch Sicherheit gewährt." Droysen sagt von der Reichsverfassung von 1849, daß der nach Lage der Sache angemessene Entwurf derselben durch Unverstand, Uebelwollen und Pessimismus in den Berathungen der Versammlung mehr und mehr entstellt, namentlich durch die vereinten Bemühungen der Oesterreicher, Ultramontanen und Radikalen absichtlich unmöglich gemacht worden sei. Die seit den Hohenstaufen politisch todt gelegte deutsche Nation habe dagegen heute endlich die Möglichkeit, sich zu einigen, auf ihre eigenen Füße zu stellen, die Wucht und den Stolz ihrer nationalen Größe auch politisch zur Geltung zu bringen. Herr v. Treitschke hebt an dem bngeführten Orte ebenfalls mit beredten Worten die große Bedeutung der neuen Thatsache des norddeutschen Bundes hervor, und läßt sich sodann weitläufiger auf eine Beurtheilung des Verfassungsentwurfs ein.

**Berlin**, 23. März. (Norddeutscher Reichstag.) 18. Sitzung. (Schluß.) Abg. v. Watzdorf (Weimar) (für die Vorlage): Ohne ein gewisses Maaß von Freiheiten könne man nicht aufkommen. Er habe etwas anderes erwartet, als den Entwurf, ihn aber sorgfältig erwogen und die Ueberzeugung gewonnen, das man Ursache habe, mit dem Entwurfe in der Gestalt, wie er vorliege, abgesehen von etlichen Modifikationen, zufrieden zu sein. Er habe nicht geglaubt, daß die Fürsten niemals das Scheitern der Einheitsbestrebungen verschuldet hätten, er sei aber auch der Meinung, daß dieselben niemals ihre Arbeiten zur Einheit gekrönt sehen würden, ohne den Beistand der Thatsachen. Man müsse den Entwurf betrachten vom Standpunkt der Verfassung, die man bis 1866 gehabt, und da mache man denn doch einen großen Fortschritt. Man müsse Wünsche, berechtigte und unberechtigte, doch unterdrücken. Er glaube, die Rechte bringe durch Annahme des Entwurfs mehr Opfer, als die Linke. Er sei vollständig davon überzeugt, daß einst die Zeit kommen werde, wo die einzelnen Fürsten sich selbst anders stellen würden, daß werde aber nur kommen, wenn man vollständig mit einander versöhnt sei, und eingesehen habe, daß man große Aufgaben in einem großen Staatswesen besser löse, als in den kleinen. (Bravo!) Was die Partikularisten in dieser Beziehung jetzt opfern, sollte man mit Fug und Recht gern opfern. Preußens Stellung betreffend, so kann man die Ueberzeugung haben, daß die kleinen Staaten weit entfernt sind, sich von den Rechten des Großstaates auf dessen Kosten etwas zu nehmen. Wenn unsere kleinen deutschen Fürsten ihre Interessen höher stellen als ihre Pflichten, dann werden sie gut thun, den Rath, der ihnen von dieser Tribüne aus von einem der Herren Vorredner gegeben worden ist, zu befolgen. Wenn sie aber ihre Pflichten höher stellen als ihr Eigeninteresse, so müssen wir wünschen, daß sie den Rath noch nicht befolgen. Unterschätzen Sie den Einfluß eines kleinen Fürsten auf das deutsche Volk nicht. Wir würden nicht so weit in der Kultur stehen, wenn wir nicht manche solcher Fürsten hätten. Und andererseits sei es Preußen gesagt: Preußen würde nicht Preußen bleiben, wenn die einzelnen Staaten in ihm aufgingen. (Bewegung.) Redner kommt sodann auf das v. Carlowitz'sche Amendement, welches beantragt, hinter Art. 11 des Entwurfes einen neuen Artikel des Inhalts einzuschalten: „Das Recht, ständige Gesandte zu empfangen oder solche zu halten, steht dem Präsidium allein zu. Die Absendung von Bevollmächtigten an das Präsidium oder andere mitverbündete Regierungen ist den einzelnen Regierungen unbenommen." Redner glaubt der Verfassungstreue der einzelnen Fürsten mehr zutrauen zu können, als daß sie mit dem Auslande konspiriren könnten. Auch auf die Ministerverantwortlichkeit lege er kein großes Gewicht, er hätte die Erfahrung gemacht, daß ein solches Gesetz gar keinen Unterschied mache, sobald ein Minister nur ein gewissenhafter Mann sei. Wider den Cäsarismus, der als Geschenk des Entwurfs gekennzeichnet sei, könne er nur sagen, daß er nicht begreife, wie der betreffende Abgeordnete im Hinblick auf die Thatsachen und die Nothwendigkeit der Reorganisation des Militärwesens so etwas aus dem Entwurfe herauslesen könne. Der Entwurf sei derart, daß alle Prinzipien zur Geltung gebracht werden können, vorausgesetzt, daß dasjenige die Hauptsache sei, was das Volk auch außerhalb des Parlaments leiste. (Bravo!)

Vicepräsident v. Bennigsen übernimmt den Vorsitz.

Abg. Schulze: Als wir Garantieen der Rechte und Freiheiten gegen die zum Absolutismus gravitirende Spitze des Bundes verlangten, verwies man uns auf die Verantwortlichkeit der Bundesregierung als einen Schutz und Ersatz für jene Garantieen. Jetzt wird uns gelehrten Sätzen bewiesen, daß die moralische Verantwortlichkeit dazu genügt. Niemand unterschätzt sie, sie beherrscht die ganze Gesellschaft und ist am größten für den absoluten Herrscher, so groß, daß sie sich in gewissen Kreisen für ihn in einer ganz soliden, greifbaren Gestalt zusammenzieht. Aber wer sich bei Begründung einer Verfassung an ihr genügen läßt, der begründet den Absolutismus, während das Prinzip der juristischen Verantwortlichkeit mit allen seinen Konsequenzen zum Wesen des konstitutionellen Staates gehört. Das von mir und meinen Freunden eingebrachte Amendement entfernt den Bundesrath von der Mitwirkung an der Exekutive und beschränkte ihn auf seine Theilnahme an der Legislative; denn nur jene trifft die Verantwortlichkeit, nicht diese, sonst müßte die Volksvertretung auch verantwortlich sein. Die Verantwortlichkeit thut uns Noth in der Bundesverfassung, damit sie uns in den Einzelverfassungen bleibt. Darum dürfen wir uns nicht scheuen, den ganzen konstitutionellen Apparat in die Bundesverfassung einzuführen bis zur Anklage des Ministeriums. Zu den alten Versuchen, die Minister-Verantwortlichkeit zu beseitigen, ist jetzt nur ein neuer getreten: sie soll zu unbedeutend sein, und ich bedaure nur, daß dieser Versuch von liberaler Seite gemacht worden ist. Wo steht denn das geschrieben? Sind doch verschiedene Rücktritte preußischer Ministerien, ist doch vor Allem das Nachsuchen der Indemnität im vorigen Jahre ein Beweis der Anerkennung dieses Prinzips auch in Preußen, wo man sich nicht damit begnügt hat, durch ein bloßes Einlenken auf ein korrektes Budget der öffentlichen Meinung ein Zugeständniß zu machen. Die preußische Verfassung ist in diesem Gebiete unvollkommen, aber dies ist ein Grund mehr für uns, die Sache in der Verfassung des Bundes möglichst besser und möglichst wirksam zu machen. (Beifall links.) Sie ist in dieser Verfassung sehr wohl zum Austrag zu bringen. Ein großes Hinderniß fällt fort, wenn man die kleinen Regierungen aus der Exekutive entfernt, wobei sie mehr gewinnen als verlieren werden. Neben einer einheitlichen Exekutive in Militärsachen und Vertretung nach Außen besteht noch ein drittes System einer kollegialischen Exekutive, aus welcher Vermischung nothwendige Konflikte hervorgehen müssen. Erst wenn die Krone Preußen die gesammte Exekutive hat, kann und muß die Verantwortlichkeit der Regierung festgestellt werden, wie sie selbst von konservativen Staatsrechtslehrern als Garantie für die Krone anerkannt worden ist. (Redner liest ans einer Rede Stahls in Erfurt einen Abschnitt vor, der genau die von ihm entwickelten Gedanken enthält.) Die Sache ist aber gar nicht so entsetzlich. Unsere Sache ist es, hier nur Forderungen an die Organisation zu stellen, die Details zu bestimmen ist nicht unsere, sondern Sache der Regierungen. Die Majorisirung Preußens im Bundesrathe ist gerade nicht wahrscheinlich, aber wir dürfen doch ihre Möglichkeit nicht in die Verfassung hineintragen lassen. — Das Amendement von Bennigsen will die Verantwortlichkeit durch die Gegenzeichnung des Bundeskanzlers erreichen; aber es ist unmöglich, daß dieser allein alle Departements der Bundesverwaltung leitet, und die er nicht leitet (Finanzen, Gewerbegesetzgebung u. s. w.) müssen dann von andern nicht verantwortlichen Beamten geleitet werden. Der Abg. Braun führt in seinem Antrage schon die Vertreter der einzelnen Verwaltungszweige ein, aber er macht sie nicht verantwortlich. Das thut erst das Amendement Lasker. Aber dies alles läßt sich nicht beiläufig durch vereinzelte Artikel in das System der Bundesverfassung einführen, wenn nicht zuvor der Bundesrath aus der Exekutive ausgeschlossen ist. Wer verbürgt die Wirksamkeit der Verantwortlichkeit? Wer macht sie geltend? Das bloße Wort genügt nicht, sie muß als juristische ausgesprochen und durch Gesetze angebahnt werden. Die wohlthätige Rückwirkung auf die Einzelstaaten und namentlich auf Preußen wird nicht ausbleiben. Denn, meine Herren, das preußische Verfassungsleben ist zunächst und nicht aus Egoismus zu betonen, weil, wenn es erschüttert ist, die andern Einzelverfassungen keinen Widerstand mehr leisten können. Der Abgeordnete Wagener versteht die Stellung derer nicht, die ihr Leben im Kampf für diese Grundsätze verbracht und für sie gewirkt haben, als es noch keine Arena dafür gab, er versteht nicht das Schmerzliche ihrer Stellung, wenn das Erfüllbare nicht gewährt würde und sie sich gezwungen sähen, so schwer es ihnen wird, den Verfassungsentwurf im Ganzen abzulehnen. Wie gut hat man verstanden, den Bund nach Außen hin stark zu machen; aber ohne Garantie im Innern kann ein Umschlag eintreten, der das junge Werk vernichtet und seine Elemente der Reaktion preisgiebt. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Braun (Wiesbaden) (für den Entwurf): Wenn die Verfassung eine Tochter des Regiments genannt worden ist, so erinnere ich an den französischen Ausspruch, daß Bayonette ein vortreffliches Instrument sind, nur nicht, nm auf ihnen zu sitzen. Der Krieg schafft nicht eine Situation, sondern er zieht nur das Facit aus der nationalen Arbeit, und wenn durch die ungleiche Entwickelung der Völker eine wesentliche Machtverschiedenheit stattgefunden hat, ohne an äußerlichen Symptomen erkennbar zu werden, so ist es natürlich, daß der eine Theil nicht an die Veränderung glaubt, und daß er ihr die friedliche Anerkennung versagt. Dann muß sie bewiesen werden, diese Probe ist der Krieg, der mit eiserner Faust das Facit zieht. — Ich spreche für den Entwurf, obwohl ich selbst ein Amendement eingebracht habe, weil ich gegen alle Anträge auf sofortige Errichtung eines Oberhauses und eines verantwortlichen Reichsministeriums bin. Diese Anträge schieben zu viel Zwischenglieder in die Maschine der Verfassung ein und machen sie zu komplizirt. Man löst das Bundespräsidium Preußens von der Krone Preußens ab, aber das ist falsch: Das Bundespräsidium ist nicht das erste und die Krone das zweite. Die Krone Preußens hat das Bundespräsidium nicht obgleich, sondern weil ihr Träger der König von Preußen ist. Bonaparte verzichtete als erster Konsul dem englischen Gesandten gegenüber auf Englands Anerkennung mit den Worten: „unsere Regierungsgewalt ist klar wie die Sonne; wer sie nicht anerkennt, der ist blind". Der Süden wird vielleicht für gewisse gemeinsame Zwecke bald mit uns arbeiten: sollen wir da einen weiteren Reichstag neben dem engeren haben? Warum durch die Schöpfung eines Oberhauses sich in die föderalistischen Experimente freiwillig verstricken, denen Oesterreich, „der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Drange", seiner verschiedenen Racen wegen verfallen ist? Das Verlangen nach einem Oberhause würde den baldigsten Abschluß des Verfassungswerkes kompromittiren und eine derartige Vorlage unsere Arbeit suspendiren. Die Situation nöthigt uns, zu beschränken: der Süden rückt uns immer näher, und man soll deshalb nicht präjudiciren. Ich spreche gegen das Oberhaus nicht etwa aus radikaler Idiosynkräsie gegen ein Oberhaus überhaupt oder Herrenhäuser insbesondere. Für die französische Pairskammer habe ich allerdings nie geschwärmt, wohl aber das englische Oberhaus hoch verehrt. Ich will nicht, daß eine Partei ausgeschlossen werde von den Einrichtungen des Staats; verdanken sie doch wechselseitig einander ihre Existenz. — Ein Spielzeug ist die Verantwortlichkeit der Minister nicht, denn die der Beamten reicht für sie nicht aus, weil der Minister nicht blos Beamter ist, wenigstens nicht sein sollte. Ein englischer Minister ist nicht blos Chef eines Departements, sondern auch ein Parteiführer, der dadurch, das er es ist, der Krone eben so viel Gewalt zuführt, als er von ihr entlehnt. Darum paßt das Disziplinargesetz der Beamten nicht für den Minister, außer insofern auch er Beamter ist. Für seine politische Verantwortlichkeit giebt es kein Gericht, sie kann nur von dem ganzen Körper der nationalen Vertretung getragen und geprüft werden. Es hieße den Staat desorganisiren, wenn man die Minister an die gewöhnlichen Gerichte, etwa an ein Kriegsgericht verweisen wollte. (Zur Linken); Ich spreche alle diese Dinge aus auf die Gefahr hin, ein politischer Ketzer zu heißen, auf die Gefahr des Verlustes der Popularität. Der weimarische Herr Minister hat keinen Unterschied bemerkt in der Zeit vor und nach Erlaß des Verantwortlichkeitsgesetzes in seinem Lande: ich glaube es ihm; der Sturm wirkt auf hoher See anders als in einem Glase Wasser. (Oho!) Fangen wir nicht mit dem Ende, sondern mit dem Anfang an. Wir wollen, daß der Bundeskanzler und seine Kollegen ihre Maßregeln vertreten und uns nicht Kollegien und anonyme Gesellschaften gegenüberstehen, sondern Männer von Fleisch und Blut, an deren Gegenzeichnung und Vertretung sich das Prinzip der Haftbarkeit knüpft und entwickelt. Was dann noch an der vollen Verantwortung fehlt und fehlen muß, das muß durch die Vollständigkeit unseres Budgetsrechts ergänzt werden. Man beschwert sich über Centralisation; Preußen ist groß und kann sich doch nicht künstlich kleiner machen. Es trägt fünf Sechstel der Lasten und hat drei Siebentel der Stimmen. Wenn sich einer beklagen kann, so ist es Preußen. Ich bekenne mich offen als Unitarier, gönne aber den kleinen Staaten ihre Selbstständigkeit von ganzem Herzen, so lange die Planeten durch die Kraft des Centrums gehalten werden. Der Nibelungen Noth und Klage sollte daher verstummen. Man sagt, der neue Bund werde daher entwickelungsunfähig sein, wie der alte. Das glaube ich nicht. Der alte Bund hatte keinen Kopf oder deren zwei, der neue Bund aber hat einen Kopf und zwar einen guten Kopf, und das ist genügend (Beifall). Die Schwäche des Verfassungs-Entwurfs liegt in der Verquickung der Gesetzgebung und der Exekutive. Die Beseitigung dieser Schwäche, ich gebe es zu, wird den Einzelstaaten Opfer auferlegen, da sie nicht nur eine Frage der Freiheit, sondern der Einheit ist. Aber wenn die Regierung aus begreiflichen Rücksichten nicht die Hand an diese schwache Stelle gelegt hat, so können wir als Vertreter des Volkes solche diplomatische Rücksichten nicht nehmen. Und welche Selbstständigkeit hatten denn

die Einzelstaaten im Bunde? Waren sie souverän über Krieg und Frieden oder mußten sie sich nicht im Kriegsfalle an den einen der kriegführenden Theile anschließen, auf den ihr Interesse sie nicht hinwies? Waren sie selbstständig in Zollsachen oder mußten sie zum preußisch-französischen Handelsvertrage „Ja" sagen? Konnten ihre Stände am deutschen Handels-Gesetzbuch etwas ändern? Erst jetzt im Reichstage machen sich die kleinen Staaten durch ihre Vertreter geltend, wie niemals zuvor. — Die Verwaltung der Eisenbahnen und der Finanzen des Bundes soll nach dem Entwurf durch Ausschüsse des Bundesraths besorgt werden. Im Frieden mag das gehen, im Kriege muß der Chef dieser Abtheilungen handeln wie ein General und darf nicht vom Ausschusse abhängen. Was aber geschehen muß, damit die Verfassung die erste Probe bestehe, das muß schon jetzt im Frieden gemacht werden. Eine verantwortliche Regierung wird die Rechte der Einzelstaaten skrupulöser wahrnehmen, als die unverantwortliche im Gefühl ihrer überwältigenden Macht. Preußen selbst hat ein Interesse an ihrer Herstellung, denn da es so viel abgiebt, so braucht es Garantieen für eine einheitliche Regierung. Nimmt man Rücksicht auf den Süden, so wird das Uebel der Verfassung verdreifacht, in diese Verfassung kann er nicht hinein; sein Eintritt macht eine verantwortliche Regierung erst recht zur Nothwendigkeit. Und ist es konservativ oder nicht, vielmehr revolutionär, wenn zwischen der Krone Preußen und dem Parlament Niemand steht? Vergessen wir nicht, daß unser Werk nicht blos davon abhängt, daß es gut ist, sondern auch vom deutschen Volk für gut gehalten wird. (Beifall.)

Die allgemeine Diskussion wird geschlossen. Sämmtliche Wahlen werden ohne Debatte für gültig erklärt. Von den 24 rückständigen Wahlprüfungen sind wieder 12 erledigt worden.

Der Präsident zeigt an, daß er auf Montag wegen des katholischen Festtages keine Sitzung anberaumen könne und daß demnach die nächste Dienstag 10 Uhr stattfinden wird. Tagesordnung: Vorberathung des Verfassungsentwurfs, Spezialberathung der Abschnitte III., IV. und V. Schluß der heutigen Sitzung 3 Uhr 35 Minuten.

**Köln**, 22. März. Der Geburtstag des Königs wurde heut hier mit großer Begeisterung gefeiert. Die Hauptfestlichkeit des Tages bildete die Enthüllung der Reiterstatue König Wilhelms IV. auf der stehenden Rheinbrücke. Die Festreden hielten der Regierungs-Präsident a. D. von Wittgenstein, Vorsitzender des Direktoriums der Köln-Mindener Eisenbahn, und der Oberpräsident der Rheinprovinz, Herr v. Pommer-Esche. Letzterer sagte, zunächst an die Direktion der Eisenbahn-Gesellschaft sich wendend:

Das so eben enthüllte schöne Kunstwerk, dem Andenken des hochherzigen, edlen Königs geweiht, unter dessen Scepter das Vaterland des segensreichen Gedeihens der Werke des Friedens und der fortschreitenden Entwickelung nach allen Richtungen hin sich erfreute, erhebt sich, im Angesichte des altehrwürdigen Domes, der, Dank Seiner kunstsinnigen und thatkräftigen Fürsorge, der lange erharrten Vollendung entgegen schreitet, als ein beredter, dauernder Ausdruck des Dankes und der Verehrung, welche das Vaterland, und insbesondere auch unsere Provinz und deren Metropole Ihm zollt und schuldet. So wie das großartige Bauwerk, dem dadurch eine so reiche Zierde zu Theil geworden, als das erste über den Rheinstrom gestreckte eiserne Band zwischen den west- und ostrheinischen Landen ein bleibendes Denkmal ist des fruchtbringenden Wirkens und rüstigen Schaffens, welchem unter dem landesväterlichen Walten des in Gott ruhenden Königs Friedrich Wilhelm IV. Majestät und seiner fördernden Pflege auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs die Bahn sich ebnete und erweiterte, so wird das Ihm geweihte Standbild, vereint mit dem alsbald sich hinzugesellenden Standbilde unseres Königlichen Herrn, für den an dessen heutigem Geburtsfeste unsere heißesten Segenswünsche aus freudig bewegtem Herzen mit erneuerter Inbrunst emporsteigen, der Mit- und Nachwelt Zeugniß geben von der treuen Ergebenheit und dem tiefen Dankgefühle, welche das preußische Volk mit seinem erhabenen, glorreichen Königshause verbinden. Ich schätze mich glücklich, der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft und den verehrten Männern, welche als deren Vertreter das neu entstandene schöne Kunstwerk ins Leben gerufen haben, im Namen der Regierung Sr. Majestät hiefür und für die dadurch bethätigte patriotische Gesinnung und treue Anhänglichkeit den freudigen Dank auszusprechen, mit dem Wunsche, daß Sie Alle recht viele lange Jahre des Anblickes des von Ihnen geschaffenen Werkes, wie des fortschreitenden Gedeihens des von Ihnen geleiteten Unternehmens Sich erfreuen mögen!

**München**, 22. März. Nach fünfstündigen Debatten wurde in der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten der Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe mit 87 gegen 44 Stimmen angenommen.

## Ausland.

**Brüssel**, 22. März. Der Senat hat nach äußerst stürmischer Debatte die Abschaffung des Artikels 1781 des Civilgesetzes, welcher in Streitigkeiten über Baarzahlung den Arbeitgebern gegen die Arbeiter gewährt, mit 33 gegen 18 Stimmen verworfen. Die Beredsamkeit des Justizministers, welcher darauf hinwies, das der Artikel gegen die in der Konstitution gewährleistete Gleichheit der Bürger verstoße, daß seine Abschaffung in der Thronrede versprochen, von der Zweiten Kammer mit großer Majorität votirt worden sei, daß die öffentliche Meinung sich lebhaft dafür ausgesprochen habe — half nichts. Auch die Befürwortung des Ministers des Aeußern, Herrn Rogier, welcher zur Mäßigung und Versöhnlichkeit mahnte, blieb ohne Wirkung. Die Rechte stimmte wie Ein Mann dagegen. In der Zweiten Kammer wird die Debatte über die Wahlreform fortgesetzt.

**Paris**, 23. März. Dumpfe Gerüchte über einen bevorstehenden Staatsstreich durchkreuzen die Stadt. Es ist nicht nöthig, darauf hinzuweisen, daß sie völlig unbegründet sind. Die Bildung des Klubs der äußersten Rechten hat sie allein hervorgerufen. Dagegen läßt sich nicht in Abrede stellen, daß heute, am Jahrestage des Todes der Königin Marie Amelie, in Neuilly eine Art orleanistischer Demonstration stattfand. Die fine fleure der Orleanisten war nach der Chapelle St. Ferdinand hinausgeeilt, und nahe an 1200 Personen, welche der Tempel nicht mehr fassen konnte, warteten vor den Thür den Schluß des Gottesdienstes ab.

**London**, 21. März. Der König von Dänemark mit Gefolge, traf gestern hier ein, und wurde von dem Prinzen von Wales an der Charing-Croß-Station empfangen. Gleich nach der Ankunft des Königlichen Zuges führte der Prinz von Wales seinen hohen Gast nach seinem Palais Marlborough-House, wo die Königin von Dänemark und die Prinzessin von Wales des Gatten und Vaters harrten.

**Italien.** Der „A. A. Z." wird geschrieben: Wer hätte geglaubt, daß Garibaldi schließlich den von ihm so viel geschmähten Priestern noch in's Amt pfuschen würde? Das hat er in Verona gethan, wo er überhaupt sehr „priesterlich gestimmt" war und das Volk mehrmals im Namen Gottes segnete! Ein Schneider, Namens Amadeo Sommacampagna, hat fünf Buben, von denen der jüngste, im Alter von neun Monaten, noch nicht getauft war. Als nun Garibaldi im Café des Bahnhofes stand und des abgehenden Zuges harrte, traten Maurelli, der Verwalter des demokratischen Vereines, und ein Mädchen aus dem Volke heran, um das Anliegen des Schneiders vorzubringen, welcher wünschte, daß Garibaldi sein Söhnlein taufen möge. Der General willigte ein und man brachte den Knaben, welcher die „Taufe der Demokratie" erhalten sollte. Garibaldi sprach nun zum Knaben:

„Gieb mir einen Kuß! (Die Hand auf dessen Haupt legend.) Ich taufe Dich im Namen Gottes; es segne Dich Christus, der Gesetzgeber der Humanität. Wachse heran frei und tugendhaft, ein Feind der Heuchler, ob sie sich Priester oder Jesuiten nennen. Befreit von den Vorurtheilen, sei bereit mit Deinem Blute, wenn es das Vaterland verlangt; wachse heran tapfer und stark, immer bereit, die Unterdrücker und die Fremdherrschaft zu bekämpfen. Gieb mir einen Kuß! Ich grüße Dich!"

Als die Umstehenden einen Namen verlangten und „Garibaldi" riefen, wehrte er bescheiden ab und sprach dann den Namen des Republikaners Chiassi. (Garibaldi und seine Vergötterer in Italien scheinen geistig nun ganz und gar außer Rand und Band zu sein, bemerkt hierzu die „N. Pr. Z.)

**Aus Athen**, 16. März, wird gemeldet: „Zwei türkische Dampfer kamen nach dem Piräeus, um den Dampfer Arkadion zu überwachen. Die hellenische Regierung legte dagegen Protest ein, der türkische Gesandte bemerkte aber, daß der Türkei in Friedenszeiten das Recht zustehe, ihre Schiffe in griechische Häfen zu schicken. Indessen verließen jene beiden Dampfer den Piräeus, wo der Arkadion augenblicklich liegt, und gingen in See, wo sie kreuzen und Wache halten."

**Newyork**, 9. März. (Mit dem nordd. Lloyddampfer „Deutschland".) Aus Mexiko wenig Zuverlässiges. Maximilian hat mit 4000 bis 6000 Mann die Hauptstadt verlassen, aber ob ers that, um sich an die Küste zu begeben, oder um die „Rebellen" im Norden zu Paaren zu treiben, ist ungewiß. Seit er erklärte, keinen Pardon mehr geben zu wollen, hat sich die Lage gar sehr geändert. In der Schlacht, welche Escobedo gegen Miramon gewonnen, fielen gegen 300 Franzosen. Die Verbindung zwischen Puebla und Vera-Cruz ist abgeschnitten. Wir sehen nicht ein, wie Maximilian aus dem Lande kommen will, was doch das Einzige ist, woran er vernünftiger Weise noch denken kann.

## Pommern.

**Stettin**, 25. März. In der verflossenen Nacht wurde in der Speisekammer des noch immer als Hilfslazareth dienenden gutsherrlichen Hauses zu Nemitz ein Einbruch verübt und sind aus derselben verschiedene Gegenstände gestohlen.

— Ebenso ist einem in der Hagenstraße wohnhaften Steuerbeamten in den letzten Tagen durch Oeffnen eines verschlossenen Zimmers, wahrscheinlich mittelst Anwendung von Nachschlüsseln, eine Stutzuhr, ein goldenes Medaillon ꝛc. entwendet worden.

— Der Steuermann K. aus Stepenitz, welcher auf einem im hiesigen Hafen liegenden Schiffe in Dienst stand, wurde wegen verschiedener daselbst verübter Diebstähle gestern verhaftet.

— Auch auf dem hier liegenden Dampfschiffe „Alexandra" wurde am 22. Nachmittags eine silberne Taschenuhr mit Goldrand und in der darauf folgenden Nacht eine Quantität Fleisch aus der Kajüte gestohlen. Der Dieb ist bisher nicht ermittet.

— In der verflossenen Nacht erfolgte die vorläufige Festnahme mehrerer jungen Leute, welche sich der Verübung groben Straßenunfugs und Beschädigung fremden Eigenthums schuldig machten.

— Der Regierungsrath v. Houwald in Köslin ist an die Regierung zu Frankfurt a. O. versetzt worden.

— Folgendes Erkenntniß des Königlichen Ober-Tribunals vom 7. Dezember 1866 wird im Justiz-Min.-Bl. veröffentlicht: Jedes Unternehmen, dem Staate die Eingangs- ꝛc. Abgaben zu entziehen, stellt eine strafbare Zolldefraudation dar. Die Aufzählung einzelner Fälle im §. 6 des Zollstrafgesetzes erschöpft nicht die Fälle der Strafbarkeit, sondern erfolgt nur beispielsweise.

— In Pripsleben, Synode Treptow a. T. ist der Küster und Schullehrer Sabow, und in Schmarsow, Synode Demmin, der Küster und Schullehrer Partick fest angestellt.

** **Wolgast**, 22. März. Zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs hatten viele Häuser der Stadt und die im Hafen liegenden Schiffe geflaggt. Am Nachmittag vereinigten sich Magistrat, Beamte und Bürgerschaft zu einem solennen Diner im „Deutschen Hause", bei welchem Toaste auf Se. Majestät den König, Ihre Majestät die Königin und das Königliche Haus ausgebracht wurden.

†† **Pyritz**, 24. März. Der Geburtstag Sr. Majestät des Königs wurde auch hier in entsprechender Weise gefeiert. Bei dem Mittagsmahle im Schulz'schen Hotel, an dem Offiziere und Civilpersonen Theil nahmen, hielt Herr Obristlieutenant von Normann eine die Ereignisse des verflossenen Jahres behandelnde, mit einem Lebehoch auf Se. Majestät schließende Rede. Am Abende waren verschiedene Häuser illuminirt.

+ **Neustettin**, 23. März. In unserer Stadt ist der Geburtstag unseres Königs jedesmal ein erhebender Festtag gewesen. Im Rückblick auf das vergangene, ereignißreiche Jahr, in welchem es unserm greisen Heldenkönige durch Gottes Gnade beschieden war, an der Spitze seiner unvergleichlichen Armee dem preußischen und deutschem Volke auf den Schlachtfeldern Böhmens die Pforten einer großen Zukunft zu erschließen, schien es jedoch unserer Bürgerschaft nicht genug, den diesmaligen Geburtstag Sr. Majestät des Königs in hergebrachter Weise festlich zu begehen. Auf Anregung des konservativen Vereins wurde deshalb am Abend zuvor ein von der Bürgerschaft veranstalteter Fackelzug ausgeführt. Es gewährte einen imposanten Anblick, die mit 200 Fackeln und mit mehreren preußischen Fahnen ausgerüsteten Bürger mit Musik durch die Straßen der Staat ziehen zu sehen, und die Herzen der zahllosen Menge schlugen höher, als auf dem Marktplatze während des Abfeuerns von Böllerschüssen und unter dem Gesange der Volkshymne die Reste der brennenden Fackeln zusammen geworfen wurden. Nach einer vom Vorsitzenden des Vereins, Herrn Justizrath Küchendahl gehaltenen Ansprache an die Bürgerschaft über die Großthaten des geliebten Königs und seiner siegreichen Armee wurde auf den Gefeierten ein dreimaliges begeistertes Hoch ausgebracht. Mit dem Gesange des Preußenliedes zog die Bürgerschaft nach dem Lokale des konservativen Vereins, von wo aus der Fackelzug sich in Bewegung gesetzt hatte, zurück, um hier den Rest des Abends unter Musik und Gesang patriotischer Lieder, letztere von unserer Liedertafel vorgetragen, gemüthlich zu beschließen. — Am Geburtstage selbst prangte die ganze Stadt im reichsten Flaggenschmuck. An eine Feier mit der städtischen Schuljugend in den Morgenstunden schloß sich Vormittags 10 Uhr ein kirchlicher Gottesdienst, nach dessen Beendigung noch eine besondere Festlichkeit in der Aula des Gymnasiums stattfand. Ueberall wurde dem Herrn der Heerschaaren für die große Gnade und Barmherzigkeit gedankt die er dem Preußenvolke in seinem hochverehrten Könige erwiesen hat. Eine prachtvolle Illumination beschloß die Gesammtfeier, die Allen unvergeßlich bleiben wird.

## Stadt-Theater.

Der gestrige Abend brachte uns das letzte Gastspiel der Königlichen Hofschauspielerin Marie Kierschner. Dieselbe hatte dazu die Titelrolle in der „Philippine Welser" von Oskar v. Redwitz gewählt. Wir können die Wahl keine glückliche nennen; wir hatten in dieser Rolle bereits zweimal eine hiesige für diese Art von Rollen vorzüglich begabte Künstlerin gesehen und müssen gestehen, daß wir bei einem Vergleiche unserer hiesigen Schauspielerin, dem Fräulein Clara Pigulla, entschieden den Vorzug geben. Frau Kierschner ist eine schöne Frau, sie ist überdies für das Fach der munteren launigen Rollen vorzüglich begabt und hat uns oft darin entzückt; aber für die Darstellung einer zarten deutschen Jungfrau von dem reichen Gemüthe und dem weichen Gefühle einer Philippine Welser ist sie, wie uns scheint, weniger geeignet. Schon das Organ entbehrt des Schmelzes, die Bewegungen und Empfindungen sind zu lebhaft, wir möchten sagen zu südlich feurig. So hat uns denn diese Darstellung weniger zugesagt, als in andern Rollen. Wir vermißten überall den zarten Duft der Redwitz'schen Dichtung. Dem Gemüthsleben fehlte die Einheit, der sichere Halt; die Gebete ließen kalt, weil sie ohne Andacht und ohne Gebetsweise, mehr zum Publikum als zum Himmel gerichtet waren; in der Scene vor dem Kaiser endlich vermißten wir den Adel der Haltung, den die Patriziertochter in keiner Lage des Lebens, auch nicht vor dem Kaiser verleugnen darf. Bei dem reichen Repertoire, welches die Künstlerin besitzt, wäre eine andere Wahl nicht schwer gewesen. Die anderen Schauspieler haben wir schon bei den früheren Darstellungen besprochen und können hier darauf verweisen.

## Neueste Nachrichten.

**Wien**, 23. März, Nachm. Der „Wiener Abendpost" zufolge kehrt der Kaiser heute Abend hierher zurück. Nach demselben Blatte ist Baron Sennyey auf sein Ansuchen von dem Amte eines Präsidenten des ungarischen Oberhauses enthoben und der Judex curiae Majlath zum Präsidenten desselben ernannt.

**Pesth**, 23. März, Nachm. In der heutigen Sitzung des Unterhauses interpellirte der Deputirte Stratimirowics das Ministerium, ob und zu welchem Zweck ein Observationskorps an der serbisch-bosnischen Grenze aufgestellt werde. Der Ministerpräsident Graf Andrassy antwortete, daß derartige Gerüchte grundlos seien; im Uebrigen werde die Staatsregierung einer friedlichen Entwickelung der christlichen Völker im Oriente kein Hinderniß in den Weg legen.

**Newyork**, 22. März. (Telegraph. Depesche der Weser-Zeitung.) Maximilian schlug 2500 Liberale bei Catahualquay.

## Börsen-Berichte.

**Stettin**, 25. März. Witterung: schönes Frühlingswetter. Temperatur + 9° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen schließt niedriger, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 82—87 Rt bez., feiner schwerer 89 Rt bez., geringer 72—81 Rt bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 85, 84½ Rt bez. u. Gd., Mai-Juni 84½ Rt Br., Septbr-Oktober 80, 89½ Rt bez.

Roggen anfangs etwas höher, schließt matt, pr. 2000 Pfd. loco 52 bis 56 Rt bez., Frühjahr 53, 52⅝ Rt bez., Mai-Juni 53 Rt bez., Juni-Juli 53¼ Rt bez.

Gerste ohne Handel.

Hafer loco pr. 50pfd. 29¼—30¼ Rt bez.

Rüböl flau, loco 11⅙ Rt Br., kurze Lieferung $10\frac{11}{12}$ Rt bez. u. Br., April-Mai 11, $10\frac{23}{24}$ Rt bez., $10\frac{11}{12}$ Rt Br., September-Oktober 11⅝ Rt bez. u. Br.

Rappkuchen loco 1 Rt 24 Sgr bez.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 16½ Rt bez., Frühjahr 16½ Rt bez., Br. u Gd., Mai-Juni $16\frac{7}{12}$ Rt bez. u. Gd., Juni-Juli $16\frac{19}{24}$ Rt bez.

**Stettin**, den 25. März.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Hamburg | 6 Tag. | 151½ G | St. Börsenhaus-O. | 4 | — |
| " | 2 Mt. | 151⅛ G | St. Schauspielh.-O. | 5 | — |
| Amsterdam | 8 Tag. | 143⅝ G | Pom. Chausseeb.-O. | 5 | — |
| " | 2 Mt. | — | Used. Woll. Kreis-O. | 5 | — |
| London | 10 Tag. | 6 24¾ bz | St. Strom-V.-A. | 4 | — |
| " | 3 Mt. | 6 23¼ B | Pr. National-V.-A. | 4 | 115 B |
| Paris | 10 Tg. | 80¼ G | Pr. See-Assecuranz | 4 | — |
| " | 2 Mt. | — | Pomerania | 4 | 116 B |
| Bremen | 3 Mt. | — | Union | 4 | 102 G |
| St. Petersbg. | 3 Wch. | 89⅝ B | St. Speicher-A. | 5 | — |
| Wien | 8 Tag. | — | Ver.-Speicher-A. | 5 | — |
| " | 2 Mt. | — | Pom. Prov.-Zuckers. | 5 | — |
| Preuss. Bank | 4 | Lomb. 4½ % | N. St. Zuckersied. | 4 | — |
| Sts.-Anl. 5457 | 4½ | — | Mesch. Zuckerfabrik | 4 | — |
| " " | 5 | — | Bredower " | 4 | — |
| St.-Schldsch. | 3½ | — | Walzmühle | 5 | — |
| P. Präm.-Anl. | 3½ | — | St. Portl.-Cementf. | 4 | — |
| Pomm. Pfdbr. | 3½ | — | St. Dampfschlepp G. | 5 | 200 B |
| " " | 4 | 89½ bz | St. Dampfschiff-V. | 5 | — |
| " Rentenb. | 4 | — | Neue Dampfer-C. | 4 | 93 B |
| Ritt. P. P. B. A. | 4 | — | Germania | 4 | 100 B |
| Berl.-St. E. A. | 4 | — | Vulkan | 4 | 85 G |
| " Prior. | 4 | — | St. Dampfmühle | 4 | 100 B |
| " " | 4½ | — | Pommerensd. Ch. F. | 4 | — |
| Starg.-P. E. A. | 4½ | 93¾ G | Chem. Fabrik-Ant. | 4 | — |
| " Prior. | 4 | — | St. Kraftdünger-F. | — | — |
| St. Stadt-O. | 4½ | 98 G | Gemeinn. Bauges. | 5 | — |